

AMT FÜR AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN
FÜRSTENTUM LIECHTENSTEIN

Internationale Humanitäre Zusammenarbeit und Entwicklung

Jahresbericht 2014



Herausgeber

Amt für Auswärtige Angelegenheiten
Heiligkreuz 14
9490 Vaduz

Ausländer- und Passamt
Städtle 38
9490 Vaduz

Liechtensteinischer Entwicklungsdienst (LED)
Im Malarsch 14
9494 Schaan

Impressum

Bildnachweis

© Caritas Schweiz: Seite 14
© DEZA: Seite 24
© John Donica: Seite 1
© Marco Grob: Seite 6
© Christopher Herwig: Seite 11
© LED: Seiten 4, 27, 28, 30, 34
© Lucid Berlin: Seiten 32, 33
© Eddy Risch: Seite 31

Layout

Grafisches Atelier Sabine Bockmühl, Triesen

Druck

BVD Druck+Verlag AG, Schaan

© AAA, Juni 2015

Swiss Climate
Klimaneutral
gedruckt 
5C2015052105 • www.swissclimate.ch
Gedruckt auf Recycling-Papier

Titelbild:

Kinder sind besonders betroffen von Armut und wirtschaftlicher Unterentwicklung.
Foto des Gewinners eines Fotowettbewerbs in der Republik Moldau, organisiert vom
Liechtensteinischen Entwicklungsdienst (LED) im Jahre 2013

Editorial



Seit dem Weltgipfel in Rio de Janeiro 1992 ist die Nachhaltigkeit ein zentraler Bestandteil der internationalen Entwicklungszusammenarbeit. Liechtensteins Engagement zur nachhaltigen Entwicklung beschränkt sich jedoch nicht nur auf internationale Foren und Organisationen, sie ist auch ein zentrales Anliegen der Internationalen Humanitären Zusammenarbeit und Entwicklung (IHZE).

Der vorliegende Bericht für das Jahr 2014 gibt Ihnen einen Überblick über den aktuellen Stand der Verhandlungen zur Post-2015 Agenda in den Vereinten Nationen. Des Weiteren stellen wir Ihnen ausgewählte Projekte und Partnerorganisationen vor, die Liechtenstein seit Jahren als verlässlicher Partner unterstützt. Diese Beispiele zeigen, wie wir als kleines Land einen bedeutenden Beitrag in der Entwicklungszusammenarbeit leisten. Unser Engagement wird nicht nur seitens unserer Projektpartner geschätzt, sondern auch von internationalen Organisationen gewürdigt.

Die Wertschätzung des liechtensteinischen Engagements geht aus dem Gastbeitrag von Phumzile Mlambo-Ngcuka, Exekutivdirektorin von UN Women, hervor. Sie ermutigt Liechtenstein, seine Führungsrolle bei der Förderung der Gleichstellung von Frauen weiterhin wahrzunehmen. Nachhaltige Entwicklung sei nur dann erfolgreich, wenn sie auf globaler und nationaler Ebene stattfindet, betont sie weiter. Genau dafür engagiert sich Liechtenstein sowohl durch sein multilaterales Engagement als auch in der Entwicklungszusammenarbeit.

Ich danke allen Beteiligten für ihre aktive Mitarbeit im vergangenen Jahr und bei der Gestaltung dieses Berichts. Gerne verweise ich Sie an dieser Stelle auf die IHZE-Homepage www.llv.li/ihze, auf der Sie aktuelle Mitteilungen sowie sämtliche Hintergrundinformationen finden.

Ich wünsche Ihnen eine spannende Lektüre!

Regierungsrätin Dr. Aurelia Frick



Für eine nachhaltige Entwicklung müssen sowohl die sozialen als auch die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen angepasst werden: Ein vom Liechtensteinischen Entwicklungsdienst (LED) unterstütztes Projekt der Stiftung Terre des hommes bietet Kindern und Jugendlichen in Burkina Faso Alternativmöglichkeiten durch Ausbildung und Schutz vor Ausbeutung bei ihrer harten und ungesicherten Arbeit in den Goldminen.

Inhalt

Nachhaltige Entwicklung Gastartikel von Phumzile Mlambo-Ngcuka	6
Die Post-2015 Agenda Claudio Nardi	8
Nachhaltige Lösungen für Menschen auf der Flucht Panagiotis Potolidis-Beck	11
Dem Frieden eine Chance geben Christian Blank	13
Liechtensteins Internationale Humanitäre Zusammenarbeit und Entwicklung (IHZE)	15
Ein Tropfen auf den heißen Stein Manuel Frick	23
Entwicklungszusammenarbeit im Dienst der globalen Nachhaltigkeit Peter Ritter	25
Langfristiges Engagement bewährt sich Claudio Nardi	32
Schlusswort Dr. Martin Frick	34

Gleichstellung als Vorbedingung für eine nachhaltige Entwicklung

6 | Beim Abschluss der aktuell laufenden Verhandlungen zu den Zielen der Post-2015 Agenda für nachhaltige Entwicklung muss sichergestellt werden, dass die Gleichstellung der Geschlechter und die Förderung der Frau gewährleistet bleiben. Dabei hat jedes Land – ob gross oder klein, reich oder arm – die Möglichkeit diesen Prozess massgeblich mitzugestalten.

Damit wir in Zukunft die Gleichstellung der Geschlechter und die Rechte der Frauen weiter verbessern können, benötigen wir eine starke internationale Entwicklungszusammenarbeit. Die Millennium-Entwicklungsziele aus dem Jahr 2000 spielten bei der Sensibilisierung von Gesellschaft und Geldgebern auf die Gleichstellung der Geschlechter und die Förderung der Frauen eine zentrale Rolle. Als direkte Resultate dieses Prozesses können der Erlass von Gesetzen zur Verhinderung von Geschlechterdiskriminierung und ein signifikant verbesserter Zugang zu Grundschulbildung für Mädchen gewertet werden. Ein weiter Weg liegt jedoch noch vor uns. Global gesehen werden immer noch 35 Prozent aller Frauen Opfer von Gewalt, inklusive sexueller Vergehen in- oder ausserhalb der Partnerschaft. Jeden Tag sterben ungefähr 800 Frauen bei der Geburt oder durch Komplikationen während der Schwangerschaft. Frauen arbeiten zudem öfter in Berufen mit niedrigerem Lohn und hoher Unsicherheit und nur jeder fünfte Parlamentssitz auf der Welt wird durch eine Frau besetzt.

Das dritte Millennium-Entwicklungsziel, welches sich mit der Förderung der Frauen befasst, hatte Signalwirkung für die Gleichstellung der Geschlechter auf globaler Ebene. Die Zielvorgaben waren allerdings sehr eng gefasst und mehrere grundlegende Probleme, wie etwa der unverhältnismässig hohe Anteil an unbezahlter Pflegearbeit durch Frauen und Mädchen, ihr nur ungenügender Zugang zu Vermögen und Ressourcen, ihre tiefe Beteiligung in politischen Entscheidungsprozessen, der Schutz ihrer Gesundheit und sexuellen und reproduktiven Rechte und der Kampf gegen Gewalt an Frauen und Mädchen waren nur ungenügend abgedeckt.

Damit wir auch mit den nachhaltigen Entwicklungszielen (SDGs) Erfolg haben, müssen wir uns von unserer heutigen Lebensweise verabschieden und anerkennen, dass uns nur beschränkte Ressourcen zur Verfügung stehen, welche in Zukunft fairer und nachhaltiger geteilt, verbraucht und verteilt werden müssen. Dieser Wandel bedeutet Veränderung, sowohl für reiche als auch für arme Länder. Damit diese neue Agenda ihre Wirkung entfalten kann, muss sie universell anwendbar und in den Menschenrechten verankert werden. Zudem müssen die strukturellen Probleme bei der Gleichberechtigung wirksam gelöst und das Gefälle zwischen Gesetzen und der tatsächlichen substantiellen Gleichstellung reduziert werden.

Eine im Rahmen des 20-jährigen Bestehens der Pekingener Erklärung und der dazugehörigen Aktionsplattform durchgeführte Einschätzung hat fünf Schwerpunkte identifiziert, welche den Fortschritt bei der Gleichstellung der Geschlechter in der Post-2015 Agenda sicherstellen können: der Abbau diskriminierender sozialer Normen und Geschlechterstereotypen; die Umwandlung der Wirtschaft, um Gleichstellung und nachhaltige Entwicklung zu erreichen; die Sicherstellung der vollwertigen und gleichberechtigten Beteiligung der Frauen an politischen Entscheidungsprozessen; eine signifikante Steigerung der Investitionen in die Gleichstellung der Geschlechter

Phumzile Mlambo-Ngcuka
Untergeneralsekretärin und Exekutiv-
direktorin von UN Women



und eine stärkere Überwachung der Gleichstellung und der Verwirklichung der Menschenrechte für Frauen und Mädchen. Ausserdem muss Frauen und Mädchen, die Opfer von Diskriminierungen, den Auswirkungen von Wirtschaftskrisen und andauernden Konflikten wurden, mehr Beachtung geschenkt werden. Schliesslich sollte die Gleichstellungsdebatte auch den Einfluss des Klimawandels höher gewichten.

Gleichstellung ist entscheidend für eine in allen Politikfeldern effektive Entwicklungszusammenarbeit. Im Bericht der Partnerschaft von Busan für wirksame Entwicklungszusammenarbeit aus dem Jahre 2011 wird hervorgehoben, wie wichtig die Abstimmung von nationalen Verpflichtungen und der Gleichstellungspolitik für die Entwicklungszusammenarbeit ist. Die Teilnahme und die Verantwortung müssen so aufgeteilt werden, dass die Entwicklungszusammenarbeit für alle, auch für Frauen und Mädchen, transparent und nachvollziehbar ist.

UN Women unterstützt die Partnerschaft von Busan bei der Kontrolle und Publikation eines Indikators zur Gleichberechtigung. Dieser registriert die Anzahl Länder, welche die Veränderung der Gleichberechtigung erheben. Er bietet damit einen wichtigen Ansatzpunkt für die Überprüfung der Einhaltung und Transparenz der Verpflichtungen im Bereich der Gleichberechtigung und ist im Strategieplan von UN Women enthalten. In Zusammenarbeit mit dem Gleichstellungsnetzwerk des Ausschusses für Entwicklungshilfe der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD-Gendernet) hat UN Women im Jahre 2014 einen ersten Kontrollbericht zu diesem Indikator erstellt. Von den 35 untersuchten Ländern betreiben zwölf Systeme zur Messung und Publikation der Veränderung der Unterstützung für die Gleichstellung.

Dank unserer multipolaren und vernetzten Welt können auch kleinere Staaten, die im traditionellen Kräftegleichgewicht keinen grossen Einfluss hatten, wichtige Rollen übernehmen. Mit seinen guten Verbindungen, Initiativen und dem spezifischen Fokus seiner Entwicklungspolitik zählt auch Liechtenstein zu dieser Kategorie. So hat Liechtenstein aktiv die internationale Zusammenarbeit in den Bereichen Menschen- und Frauenrechte, Rechtsstaatlichkeit sowie Friedenssicherung und Stabilität beeinflusst. Im Jahr 2012 war Liechtenstein unter den ersten Ländern, welche die Abänderungen des Römer Statuts für den Internationalen Strafgerichtshof betreffend das Verbrechen der Aggression ratifiziert haben. Ausserdem hat UN Women sehr von der aktiven Mitarbeit Liechtensteins im Exekutivrat profitiert. Liechtenstein hat während der Verhandlung des ersten Entwurfs für die Entwicklungsfinanzierung (FfD) ebenfalls massgeblich zur Erarbeitung einer gemeinsamen Erklärung zur Geschlechterfrage beigetragen.

Dank seiner beispielhaften Stabilität und Neutralität kann Liechtenstein trotz seiner geringen Grösse als legitimer Vermittler auftreten und dient anderen Staaten als überzeugendes Beispiel. Ich ermutige Liechtenstein seine Führungsrolle fortzuführen in dem es sicherstellt, dass die Gleichstellung und die Förderung der Frau ein fixer Bestandteil der Ziele für die Entwicklungsfinanzierung, der Post-2015 Agenda und einem neuen internationalen Klimaabkommen werden.



United Nations Entity for Gender Equality
and the Empowerment of Women

UN Women

UN Women ist die Organisation der UNO, die sich mit der Gleichstellung der Geschlechter und der Stärkung der Frauenrechte befasst. Die Organisation wurde 2010 als weltweite Vertretung für die Rechte von Frauen und Mädchen gegründet. 2014 war Liechtenstein Mitglied des Exekutivdirektoriums von UN Women.

Die Post-2015 Agenda

8 |

Neue Ordnung in der Entwicklungspolitik

Im Jahr 2000 legten die UNO-Mitgliedsstaaten am Millenniums-Gipfel in New York mit der Millenniumserklärung den Grundstein für eine neue Ordnung in der internationalen Entwicklungspolitik. Auch Liechtenstein unterzeichnete diese Erklärung und bestärkte dadurch seinen Willen, gemeinsam mit den anderen UNO-Mitgliedsstaaten Armut zu bekämpfen, Frieden zu fördern und sich für den Schutz der Menschenrechte und der Umwelt einzusetzen. Mit der Millenniumserklärung als Grundlage präsentierte der UNO-Generalsekretär kurz darauf die Millenniums-Entwicklungsziele (MDGs) als Instrument für eine möglichst wirkungsvolle Umsetzung dieser neuen Entwicklungspolitik. Die MDGs enthalten acht konkrete, zeitlich verbindliche und leicht zu kommunizierende Zielwerte, die bis September 2015 erreicht werden sollen, damit insbesondere die Lebensumstände der ärmsten Bevölkerungsschichten verbessert werden.

Die UNO-Mitgliedsstaaten bekräftigten bereits im Jahr 2012 am sogenannten Rio+20-Gipfel die Notwendigkeit, einen neuen Referenzrahmen für die kommenden 15 Jahre globaler Entwicklungspolitik zu schaffen. Dieser soll die drei Pfeiler der Nachhaltigkeit besser in die internationale Entwicklungspolitik integrieren und am Erfolg der MDGs anknüpfen. Kernstück des neuen Rahmens ist ein Katalog von Zielen für eine universelle nachhaltige Entwicklung unter Berücksichtigung der ökologischen, ökonomischen und sozialen Dimension (Sustainable Development Goals, SDGs). Nach dem Vorbild des Millennium-Gipfels wird der neue Referenzrahmen im September 2015 am Post-2015-Gipfel verabschiedet. Im Gegensatz zu den vom Generalsekretär ausgearbeiteten MDGs werden die SDGs von den UNO-Mitgliedsstaaten zwischenstaatlich ausgehandelt. Der Prozess zur Verabschiedung der SDGs ist noch nicht abgeschlossen, wodurch der genaue Umfang der Post-2015 Agenda nur erahnt werden kann.

Von den MDGs zur Post-2015 Agenda

Seit der Etablierung der MDGs konnten in vielen Bereichen der Entwicklungsagenda Verbesserungen erzielt werden. Trotz vieler positiver Ergebnisse weisen die MDGs aber auch gewisse Mängel auf, sie vernachlässigen beispielsweise regionale- sowie länderspezifische Umstände. Weiter vermittelten die in den MDGs formulierten Durchschnittswerte oftmals ein falsches Bild über das Erreichen der MDGs. Auch ist der Fokus der MDGs vielfach zu eng, so konzentriert sich etwa die Geschlechtergleichstellung im dritten MDG lediglich auf die Schulbildung von Mädchen. Darüber hinaus wird das Fehlen eines wirksamen Überprüfungsmechanismus als einer der grössten Nachteile der MDGs bezeichnet. Dennoch gelten die MDGs bis zur Ablösung durch die SDGs als strategischer Referenzrahmen für die internationale Entwicklungszusammenarbeit.

Zum zehnjährigen Jubiläum der MDGs wurde der UNO-Generalsekretär beauftragt, einen Prozess anzustossen, der eine Verbesserung der Entwicklungsagenda und konkrete entwicklungspolitische Leitlinien für die Zeit nach 2015 festlegen sollte.



Claudio Nardi
Amt für Auswärtige
Angelegenheiten

Auf zwischenstaatlicher Ebene einigten sich die Staaten im Juni 2012 an der Rio+20-Konferenz unter anderem darauf, in einem universellen Prozess nachhaltige Entwicklungsziele (SDGs) zu erarbeiten. Den Entwurf für diese Ziele hat die offene Arbeitsgruppe zur Ausarbeitung der SDGs (OWG) unter Einbezug aller relevanten Interessensvertreter von März 2013 bis Juli 2014 erarbeitet. Der zuletzt zwischenstaatlich ausverhandelte und von der UNO-Generalversammlung verabschiedete SDG-Entwurf umfasst eine Präambel, 17 Nachhaltigkeitsziele und 169 Zielvorgaben.

Liechtensteins Prioritäten

Liechtenstein engagierte sich in den Verhandlungen der OWG aktiv für den Schutz und die Förderung der Menschenrechte, Geschlechtergleichheit, friedliche Gesellschaften und Rechtsstaatlichkeit, die Liechtenstein als Grundbedingungen nachhaltiger Entwicklung betrachtet. Darüber hinaus brachte Liechtenstein seine Erfahrungen aus seinem Engagement in der Frauen-, Frieden- und Sicherheitsagenda des UNO-Sicherheitsrats (WPS) in die Verhandlungen ein und engagierte sich besonders für eine Zielvorgabe zur Stärkung der Führungsrolle von Frauen in der Konfliktprävention. Als Zwischenerfolg im SDG-Entwurf kann der breite Konsens zur Wichtigkeit der Gleichstellung der Geschlechter gewertet werden. Die Forderung nach gleichberechtigter Partizipation in der Konfliktprävention hingegen wurde leider nur in sehr abgeschwächter Form in den SDG-Entwurf übernommen. Liechtenstein war ebenfalls darüber enttäuscht, mit welcher Vehemenz einige Staaten in den Verhandlungen Referenzen zur Rechtsstaatlichkeit aus dem SDG-Entwurf streichen wollten. Durch die grundsätzliche Ablehnung dieses Themas in den SDGs erhoffen sich diese Länder die Vermeidung strengerer Konditionen für die Nutzung von Entwicklungsgeldern. Die Einhaltung rechtsstaatlicher Mindeststandards bildet aber eine wichtige Grundvoraussetzung für private Investitionen, die wiederum den grössten Teil der Entwicklungsfinanzierung ausmachen.

Im Gegensatz zu den acht MDGs werden die 17 SDGs und 169 Zielvorgaben viel schwieriger zu vermitteln sein. Der UNO-Generalsekretär legte auf Basis des SDG-Entwurfs einen Synthesebericht vor, der unter anderem einen Vorschlag zur Gruppierung der SDGs enthält und somit zumindest deren Kommunikation an die breite Öffentlichkeit erleichtern soll. Dieser Bericht soll die Diskussion für die Schlussverhandlungen zur Finalisierung der SDGs bereichern. Die SDGs sollen am Post-2015-Gipfel im September 2015 feierlich von den UNO-Mitgliedsstaaten verabschiedet werden. Zurzeit wird in den Schlussverhandlungen eine gemeinsame Erklärung – vergleichbar mit der Millenniumserklärung – verhandelt, die ab September 2015 den Referenzrahmen für die internationale Entwicklungspolitik bildet.

Liechtenstein setzt sich insbesondere für eine kurze und leicht verständliche Erklärung ein, die den Menschenrechten und der Rechtsstaatlichkeit eine besondere Stellung einräumt. Liechtenstein erhofft sich darüber hinaus, dass die volle Verwirklichung der gleichen politischen, sozialen und wirtschaftlichen Rechte von Frauen in der Erklärung festgehalten werden. Die Kommunizierbarkeit der SDGs stellt in den Schlussverhandlungen eine Zerreihsprobe dar. Einerseits wird auf die Vereinfachung

10 | der SDGs und der vielen Zielvorgaben gedrängt, andererseits wird immer wieder die Befürchtung zum Ausdruck gebracht, dass eine Vereinfachung der SDGs die Errungenschaften im SDG-Entwurf untergraben könnte.

Ein weiteres wichtiges Thema in den Schlussverhandlungen bildet die Ausgestaltung des SDG-Überprüfungsmechanismus. Die globale Ebene des Mechanismus wurde bereits dem Hochrangigen Politischen Forum für Nachhaltige Entwicklung (HLPF) übertragen, das die UNO-Nachhaltigkeitskommission (CSD) ersetzt. Das HLPF übernimmt mit der universellen Teilnahme aller UNO-Mitgliedsstaaten und der Zivilgesellschaft die politische Führungsrolle bei der Umsetzung nachhaltiger Entwicklung und die globale Überprüfung der SDGs ab 2016 auf freiwilliger Basis. Hinsichtlich der Überprüfung der SDGs betont Liechtenstein weiterhin die Notwendigkeit möglichst effizienter Mechanismen und möglichst simpler Berichtserstattungspflichten. Liechtenstein unterstützt dabei den Vorschlag des Generalsekretärs zur mehrstufigen Ausgestaltung des Mechanismus – auf nationaler, regionaler und globaler Ebene – der sich insbesondere auf bestehenden Berichtserstattungspflichten stützt.

Neue Ordnung zum Greifen nahe

Fest steht, dass die SDGs die neue Ordnung der internationalen Entwicklungsagenda bis 2030 festlegen werden. Die SDGs werden nicht nur auf die UNO und ihre Mitgliedsstaaten direkte Auswirkungen haben, sondern auch auf Nichtregierungsorganisationen und den privaten Sektor. Konkret heisst das für Liechtenstein, dass sich die nationale IHZE-Strategie auch an den SDGs orientieren wird. Erste Gespräche mit den liechtensteinischen IHZE-Akteuren haben gezeigt, dass die SDGs sehr gut mit ihrem bisherigen Engagement vereinbar sind. In Bezug auf die nationale SDG-Überprüfung kann hier hervorgehoben werden, dass zahlreiche Daten im Menschenrechtsbereich durch bereits bestehende völkerrechtlich verbindliche Berichtserstattungspflichten vorhanden sind. Das Gleiche gilt auch für den Umweltbereich. Darüber hinaus betreibt das Amt für Statistik ein nationales Indikatorsystem für nachhaltige Entwicklung, das wertvolle Informationen für die liechtensteinische SDG-Berichterstattung liefert. Aufgrund dieser Ausgangslage wird es für Liechtenstein sicherlich möglich sein, seinen Berichtserstattungspflichten ohne grossen Mehraufwand nachzukommen. Entscheidend für den Erfolg der SDGs ist aber die Teilnahme aller UNO-Mitgliedsstaaten an dieser Berichterstattung.

Es darf nicht ausser Acht gelassen werden, dass der Verhandlungsprozess noch nicht vollständig abgeschlossen ist. So werden immer noch Elemente der Geschlechtergleichstellung und der Rechtsstaatlichkeit in den Verhandlungen infrage gestellt und verwässert. Um seinem Ruf als verlässlicher Partner in der internationalen Entwicklungszusammenarbeit gerecht zu werden und um einen Mehrwert für die internationale Gemeinschaft zu schaffen, setzt sich das Amt für Auswärtige Angelegenheiten in enger Zusammenarbeit mit der Ständigen Vertretung Liechtensteins bei der UNO in New York stark dafür ein, seine Prioritäten in der Post-2015 Agenda zu verankern. Ob und in welchem Umfang dies gelingen wird, zeigt sich Ende September.

Nachhaltige Lösungen für Menschen auf der Flucht

Panagiotis Potolidis-Beck
Amt für Auswärtige
Angelegenheiten



I 11

Armut, Naturkatastrophen und bewaffnete Konflikte sind die weltweit wichtigsten Auslöser von Flucht und Migration. Die aktuell sehr grosse Zahl an Konflikten, wie beispielsweise der grausame und andauernde Bürgerkrieg in Syrien, hat die Zahl der Flüchtlinge und Binnenvertriebenen auf ein Rekordniveau steigen lassen. Gemäss den aktuellsten Zahlen des UNO-Flüchtlingshochkommissariats (UNHCR) befanden sich im Jahr 2013 mehr als 51 Millionen Menschen auf der Flucht. Es handelt sich dabei um die höchste jemals registrierte Zahl an Vertriebenen. Mehr als 33 Millionen Menschen suchten dabei Zuflucht innerhalb der Landesgrenzen ihres Heimatstaates. Knapp 17 Millionen Menschen verliessen ihre Heimat als Flüchtlinge und suchten im Ausland Schutz. Damit gibt es weltweit mehr Binnenvertriebene als Flüchtlinge. Zusätzlich gab es im Jahr 2013 mehr als eine Million Asylsuchende.

Flucht und Migration rücken durch die historisch hohe Anzahl Vertriebener in den globalen Fokus. Trotzdem finden vor allem Binnenvertriebene nur selten ausreichendes mediales Gehör, obwohl ihre Situation vielfach mindestens genauso prekär ist. Liechtenstein engagiert sich seit Jahren für nachhaltige Lösungen für Menschen auf der Flucht, sei es für Binnenvertriebene oder für Flüchtlinge. Ein besonderes Augenmerk wird dabei auf Notlagen gelegt, welche von der Öffentlichkeit zu wenig beachtet und deshalb zu wenig finanziell unterstützt werden.

Binnenvertriebene im Fokus

Liechtenstein engagiert sich im Rahmen der Internationalen Flüchtlings- und Migrationshilfe besonders stark für Binnenvertriebene. Diese finden sich in beinahe allen Regionen der Welt, insbesondere auch in Europa. Viele suchen vor allem in städtischen Gebieten Zuflucht, wobei sie dort oftmals mit mangelhafter Behausung sowie mangelnder Gesundheitsversorgung zu kämpfen haben. Das Risiko, im Falle von Konflikten und Naturkatastrophen erneut die Flucht antreten zu müssen ist entsprechend hoch. Die Suche nach nachhaltigen Lösungen ist für Binnenvertriebene deshalb besonders wichtig.



Verlassenes Bürogebäude in Monrovia,
bewohnt von Binnenvertriebenen,
die im urbanen Raum leben

Liechtenstein ist seit Jahren einer der Hauptgeldgeber des «Internal Displacement Monitoring Centre» (IDMC), welches sich mit der Situation von Binnenvertriebenen befasst, diesbezüglich Daten und Fakten erhebt sowie Empfehlungen zur Verbesserung ihrer Situation ausspricht. Neben der Unterstützung in Form eines allgemeinen Beitrags hat Liechtenstein in den Jahren 2013 und 2014 einen Bericht des IDMC mitfinanziert, welcher die weltweite Lage der Binnenvertriebenen in urbanen Gebieten mittels Fallstudien analysiert. Der Bericht wurde zwischenzeitlich publiziert und enthält verschiedene Empfehlungen, wie Binnenvertriebenen in Städten nachhaltig geholfen werden kann.

In Afghanistan setzt sich Liechtenstein seit 2009 für eine nachhaltige Verbesserung der Situation von Binnenvertriebenen Frauen ein. In der Region Parwan unterstützte Liechtenstein ein Projekt des «Refugee Education Trust» (RET) zum Aufbau einer Schule für Frauen, welche aufgrund der Konflikte in der jüngeren Vergangenheit vertrieben wurden und deshalb ohne Schulbildung aufwachsen mussten. In der neu er-

12 | richteten Schule können rund 80 junge Frauen ihre schulische Grundbildung nachholen mit dem Ziel sich eine bessere Ausgangslage für die Zukunft zu verschaffen. Das Projekt soll im Laufe des Jahres 2015 abgeschlossen und der Betrieb der Schule an die lokalen Behörden übergeben werden.

Bewährte Partnerschaft mit dem UNHCR

Im Bereich der Unterstützung von Flüchtlingen sowie im Einsatz für die Rechte der Flüchtlinge ist das UNHCR schon seit vielen Jahren einer der Hauptpartner Liechtensteins. Liechtenstein unterstützt das UNHCR vor allem in Regionen, in welchen die Flüchtlingsströme bereits über eine längere Periode anhalten und in denen strukturelle Probleme im Umgang mit Flüchtlingen existieren. Nur durch deren Bewältigung können nachhaltige Lösungen für die betroffenen Flüchtlinge gefunden werden. Ausserdem konzentriert sich Liechtenstein auf Regionen, welche nicht im Fokus der Öffentlichkeit stehen und deshalb von anderen Geldgebern kaum beachtet werden. Im Jahr 2014 leistete Liechtenstein Beiträge an die Regionalprogramme des UNHCR in Nord- und Westafrika sowie dessen Hilfsprogramm im Irak.

Obwohl Westafrika derzeit nicht im Fokus der internationalen Medien steht, bleibt die Situation in der Region immer noch instabil. Die Region ist von Aufruhr, bewaffneten Konflikten, und Unsicherheit geprägt. Diese fragile Situation wurde durch den Ausbruch der Ebola-Epidemie zusätzlich verschärft. Das UNHCR bietet in Westafrika, je nach Situation, Nothilfe in Form von Schutz und Registrierung der Flüchtlinge, Nahrungsmittelrationen, Unterkunft in Camps und medizinischer Grundversorgung. Weiter werden temporäre Schulen aufgebaut und wichtige Infrastrukturen instand gesetzt.

Ähnlich wie in Westafrika sind auch die Staaten Nordafrikas dauerhaft von hohen Migrationsströmen betroffen. Viele Flüchtlinge und Migranten gelangen aus südlicheren Regionen Afrikas aber auch aus Syrien und dem Irak nach Nordafrika, um von dort aus über das Mittelmeer nach Europa zu reisen. In der Region befindet sich seit Jahren eine konstant hohe Zahl an Asylsuchenden. Obwohl die Situation seit Jahren extrem angespannt ist, besitzt bisher kein nordafrikanisches Land ein funktionierendes Asylsystem. Die Aktivitäten des UNHCR konzentrieren sich unter anderem darauf, in der Region ein funktionierendes Asylsystem aufzubauen, damit Flüchtlinge nicht ständig gefährliche Reisen auf sich nehmen müssen, um Schutz zu finden. Die Verankerung internationaler Standards in den nationalen Gesetzen ist deshalb besonders wichtig. Ferner hilft das UNHCR mit Unterkünften, medizinischer Versorgung, Bildung und rechtlichem Beistand, ermöglicht aber auch den Zugang zu Berufsbildung und Mikrokrediten.

Internationale Flüchtlings- und Migrationshilfe

Die Internationale Flüchtlings- und Migrationshilfe ist auf einen nachhaltigen und umfassenden Ansatz zur Bewältigung der globalen Flüchtlings- und Migrationsproblematik und auf den weltweiten Schutz der Rechte von Flüchtlingen, Binnenvertriebenen, Rückkehrenden, Staatenlosen und anderen Personen im Ausland, die des internationalen Schutzes bedürfen, ausgerichtet.

Dem Frieden eine Chance geben

Nachhaltige gesamtgesellschaftliche Entwicklung in Bosnien-Herzegowina

I 13

Christian Blank
Ausländer- und Passamt



Das Erbe des Jugoslawienkrieges ist in Bosnien-Herzegowina bis heute sehr präsent und auch 20 Jahre nach Ende des Krieges sind die Verursacher des Konflikts noch stark in der Gesellschaft verwurzelt. Auch die ethnischen Gräben bleiben weiter bestehen und verhindern oder verlangsamen die gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung.

Ustikolina, Novo Goražde und Rudo, drei ethnisch gemischte Gemeinden in der oberen Drina-Region in Bosnien-Herzegowina, nahe der Stadt Goražde, sind diesbezüglich keine Ausnahmen. Die gesamte Region, durch die auch die ethnische Grenze zwischen der kroatisch-muslimischen Föderation und der serbischen Republik verläuft, war vom Krieg schwer betroffen. Viele Menschen wurden damals vertrieben und kehrten oft erst Jahre später in ihre Heimatgemeinden zurück.

«Um einen Rückfall in die Gewalt zu verhindern und nachhaltigen Frieden herzustellen, braucht es eine echte Auseinandersetzung mit der immer noch bestehenden sozialen Kluft zwischen den verschiedenen Bevölkerungsgruppen in der bosnischen Gesellschaft», sagt Erich Ruppen, Programmverantwortlicher für den westlichen Balkan bei der Caritas Schweiz.

Liechtensteins Engagement zur Friedens- und Gemeinschaftsbildung

Bereits in den vergangenen vier Jahren unterstützte das Ausländer- und Passamt ein Projekt zur Aufarbeitung der Kriegsjahre in der Region um Srebrenica mit Mitteln aus der Internationalen Flüchtlings- und Migrationshilfe. Seit 2014 liegt der Fokus nun auf der oberen Drina-Region, um die Stadt Goražde. Liechtenstein unterstützt dort ein Projekt zur Förderung der Friedens- und Gemeinschaftsbildung und der landwirtschaftlichen Entwicklung.

Rato Rajek, Bürgermeister der Gemeinde Rudo meint dazu, dass diese Projekte einen Beitrag zu einem friedlichen Miteinander leisten würden. Sie würden den Mitgliedern der Ortsgemeinden die Möglichkeit geben Projekte umzusetzen, die ihr tägliches Leben verbesserten. Auch der Bürgermeister von Novo Goražde ist überzeugt, dass die Projekte Früchte tragen werden. Seiner Meinung nach trügen sie massgeblich dazu bei, die Beteiligung der Bürger seiner Ortschaft in politischen Entscheidungsprozessen zu erhöhen.

Kontakt und Austausch auf zwischenmenschlicher Ebene

Um die Gemeinschaftsbildung auch weiterhin zu fördern braucht es Projekte, die einen regelmässigen Austausch zwischen den Bevölkerungsgruppen und gemeinsame Aktionen ermöglichen. Davon ist auch Erich Ruppen von der Caritas Schweiz über-

zeugt. Gemäss seiner Einschätzung, sei in der jetzigen Situation eines latenten Konflikts der regelmässige Kontakt und Austausch zwischen den Bevölkerungsgruppen sowohl auf lokaler als auch auf zwischenstaatlicher Ebene die beste Strategie zur Friedensbildung. Ziel des Projektes der Caritas Schweiz, das im April 2014 begonnen hat, sei es deshalb, die Beziehungen zwischen den Ethnien zu verbessern, Initiativen aus der Bevölkerung zu verstärken sowie die aktive Mitarbeit der lokalen Behörden zu gewährleisten.

Erste Resultate sind bereits sichtbar

Bereits nach nur einem Jahr, in dem drei Gemeinderegionen je einen Zyklus der Bürgerinitiativen durchgeführt haben, sind erste positive Entwicklungen sichtbar und die beteiligten Bürger haben gemeinsam Projekte erarbeitet und umgesetzt. Darüber hinaus wurde eine Serie von Trainings durchgeführt, bei denen praktisches Wissen zur Stärkung von Gemeinschaftsstrukturen vermittelt wurde. Durch diese Trainings kamen die Teilnehmer in Kontakt mit Mitbürgern anderer Ethnien und konnten ihr persönliches Verhalten positiv verändern. Ein Kursteilnehmer meint dazu, dass zwar alle im gleichen Dorf als Nachbarn wohnen würden und doch nicht miteinander sprächen. Alle trügen schwere Lasten aus der jüngeren Vergangenheit und er wisse, dass sie nie wieder zurückgehen könnten. «Es wird nie mehr gleich sein», ist er sich sicher. Aber das Projekt habe etwas in ihm verändert. Während den gemeinsamen Trainings und später in den Projekten habe er mit seinen Nachbarn zusammen gelacht. «Wir müssen nicht über den Krieg sprechen oder über die momentane politische Situation, wir können einfach zusammen lachen».

Zlatan Savic, Caritas Projektleiter für Community Building ist vom Projekterfolg überzeugt, insbesondere auch hinsichtlich der Beteiligung von Frauen. Er sei jedes Mal beeindruckt von der Veränderung zwischen dem ersten Treffen und den folgenden Aktivitäten. Anfangs sei die Zahl weiblicher Teilnehmer immer sehr klein gewesen. «Das ist die traditionelle Gangart in Bosnien; der Mann vertritt die Familie und diskutiert im Namen seiner Familie.» Savic erklärt weiter, dass durch die Auswahl einer Frauenvereinigung als Partnerorganisation ein geschlechtersensibler Ansatz eingebracht und umgesetzt werden konnte. Die Atmosphäre sei von Mal zu Mal entspannter geworden. «Und dann merkt man plötzlich, wie stark die Frauen in diesen Gemeinden und Gemeinschaften aktiv sind. Dann fangen sie an, sich auch im Projekt mehr und mehr einzubringen», führt Projektleiter Savic begeistert aus. So ermöglichen es die Beiträge Liechtensteins an die Projekte zur Gemeinschafts- und Friedensbildung sowie weitere in der Region unterstützte Entwicklungen im wirtschaftlichen Bereich der Caritas Schweiz und ihrer lokalen Partnerorganisationen, einen wirklichen und nachhaltigen Entwicklungsbeitrag bei der Verbesserung der Lebenssituation der lokalen Bevölkerung zu leisten.



Gemeinschaftsbildung durch gemischtethnische Trainings mit folgenden Themen: Schreiben von Projektanträgen, lokale Ressourcen mobilisieren, oder Führen in Gemeindestrukturen und Kommunikationsfähigkeiten

Liechtensteins Internationale Humanitäre Zusammenarbeit und Entwicklung (IHZE)

Die Internationale Humanitäre Zusammenarbeit und Entwicklung (IHZE) umfasst das gesamte humanitäre und entwicklungspolitische Engagement des Staates Liechtenstein, inklusive dasjenige des Liechtensteinischen Entwicklungsdienstes (LED).

Die IHZE arbeitet in vier Kategorien: der Not- und Wiederaufbauhilfe, der Internationalen Flüchtlings- und Migrationshilfe sowie der bilateralen und der multilateralen Entwicklungszusammenarbeit. Die dafür verantwortlichen Institutionen sind das Amt für Auswärtige Angelegenheiten, das Ausländer- und Passamt sowie der Liechtensteinische Entwicklungsdienst (LED).



Not- und Wiederaufbauhilfe

Die Not- und Wiederaufbauhilfe leistet kurzfristige und dringliche Hilfsmassnahmen bei Naturkatastrophen, politischen Krisen und bewaffneten Konflikten. Dabei geht es primär um den Erhalt menschlichen Lebens und den Schutz der betroffenen Bevölkerung. Darüber hinaus wird der mittelfristige Aufbau von gesellschaftlichen Strukturen und Infrastruktur unterstützt, um die rasche Rückkehr zu einem normalen Leben zu ermöglichen. Zehn Prozent der IHZE-Mittel sind für diesen Bereich vorgesehen. Die Dringlichkeit der Situation ist das Hauptkriterium für die Not- und Wiederaufbauhilfe. Es gibt deshalb keine geografischen Schwerpunkte. Allerdings gilt ein besonderes Augenmerk den von der internationalen Gemeinschaft wenig beachteten und unterfinanzierten Notlagen. Seit 2011 ist Liechtenstein Mitglied in der Gruppe für Good Humanitarian Donorship (GHD). Diese internationale Initiative engagiert sich für die Einhaltung von zentralen Prinzipien bei humanitären Einsätzen.

Internationale Flüchtlings- und Migrationshilfe

Die Internationale Flüchtlings- und Migrationshilfe ist auf einen nachhaltigen und umfassenden Ansatz zur Bewältigung der globalen Flüchtlings- und Migrationsproblematik ausgerichtet. Auch auf diesen Bereich entfallen zehn Prozent des IHZE-Budgets. Die bilateralen Aktivitäten konzentrieren sich auf die Staaten des Balkans. Schutzbedürftige Personen, u.a. Minderheiten, erhalten Unterstützung für die Integration vor Ort und die langfristige Verbesserung ihrer Lebensbedingungen. In der gesamthaften Betrachtung der Migrationsproblematik werden auch Möglichkeiten der zirkulären Migration, Rückübernahmeabkommen und Visumsfragen thematisiert. Auf multilateraler Ebene wird die Einhaltung völkerrechtlicher, menschenrechtlicher und humanitärer Standards für Flüchtlinge, Binnenvertriebene, Rückkehrende, Staatenlose und andere Personen, die des internationalen Schutzes bedürfen, gefördert.

Bilaterale Entwicklungszusammenarbeit

Der grösste Pfeiler der IHZE ist die bilaterale Entwicklungszusammenarbeit, für welche der Liechtensteinische Entwicklungsdienst (LED) zuständig ist. Dafür erhält der LED jährlich rund 65 Prozent der gesamten Mittel, die er grösstenteils für Entwicklungsprojekte mit lokalen Partnern (Südpartner) oder mit Partnerorganisationen aus Europa (Nordpartner) einsetzt. In Chişinău (Moldau), La Paz (Bolivien) und Harare (Simbabwe) unterhält der LED Koordinationsbüros.

Aktuell ist der LED in zehn Schwerpunktländern tätig. Dies sind Moldau, Bolivien, Peru, Senegal, Mali, Burkina Faso, Niger, Mosambik, Simbabwe und Sambia. Thematisch konzentriert sich der LED auf die ländliche Entwicklung und auf Bildung. Wichtige Querschnittsthemen für die Projektarbeit sind die Menschenrechte, soziale Gerechtigkeit und Gendergerechtigkeit, Klima, Umwelt- und Ressourcenschutz. Seit der Verabschiedung der Sektorstrategien «Ernährungssicherung», «Interkulturelle Zweisprachige Bildung» und der Richtlinie «Microfinance» erfahren diese Bereiche eine besondere Berücksichtigung.

Ferner unterstützt der LED den Einsatz von Fachkräften aus Liechtenstein in Entwicklungsprojekten und vermittelt Praktika. Die Öffentlichkeits- und Sensibilisierungsarbeit durch Publikationen, Ausstellungen und Bildungsarbeit an Schulen sind weitere Arbeitsbereiche.

Die Zusammenarbeit zwischen der liechtensteinischen Regierung und der privatrechtlichen Stiftung LED ist über eine Eignerstrategie geregelt, die durch jährliche Leistungsaufträge ergänzt und konkretisiert wird. Über die einzelnen Projekte befindet der LED-Stiftungsrat.

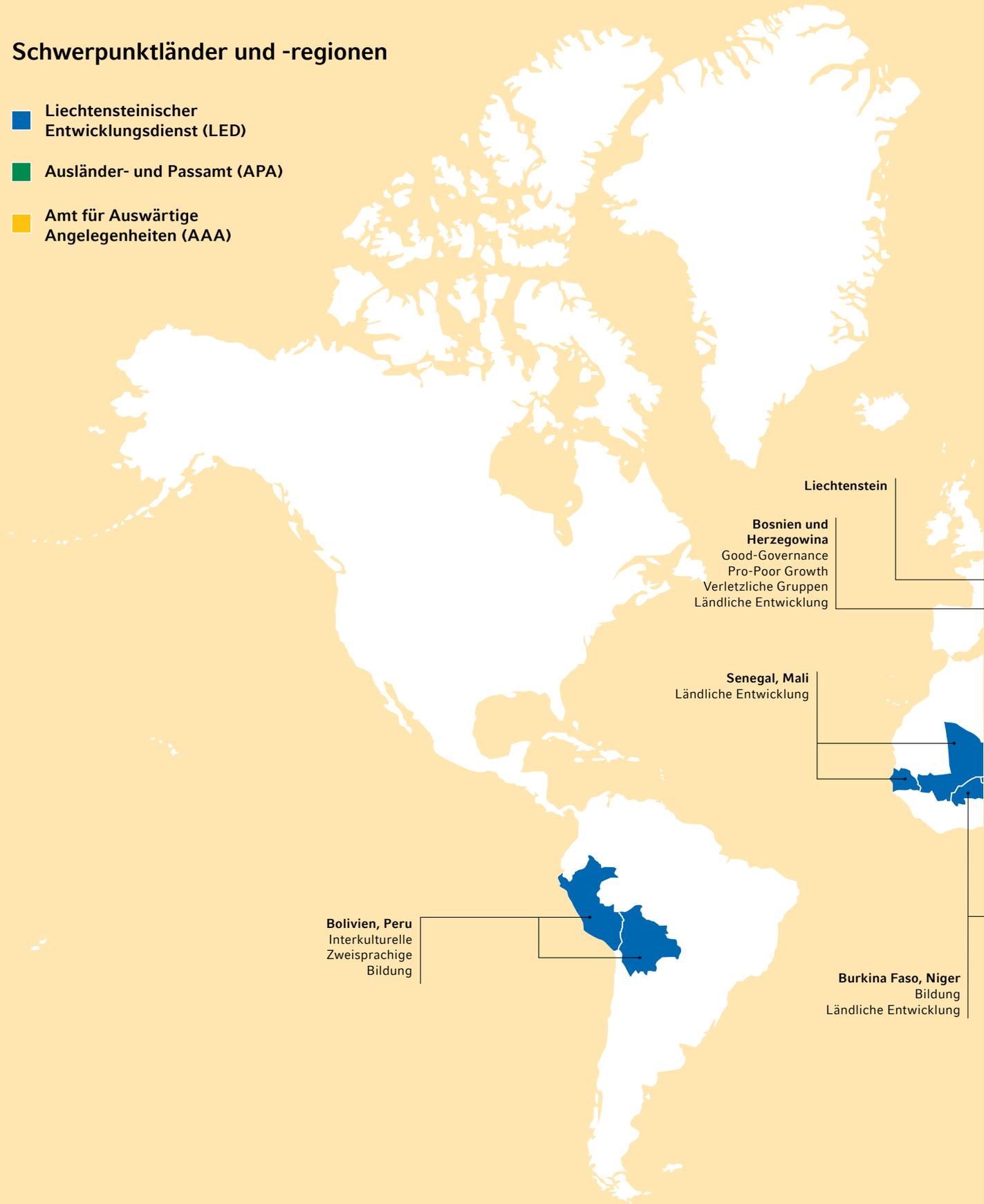
Multilaterale Entwicklungszusammenarbeit

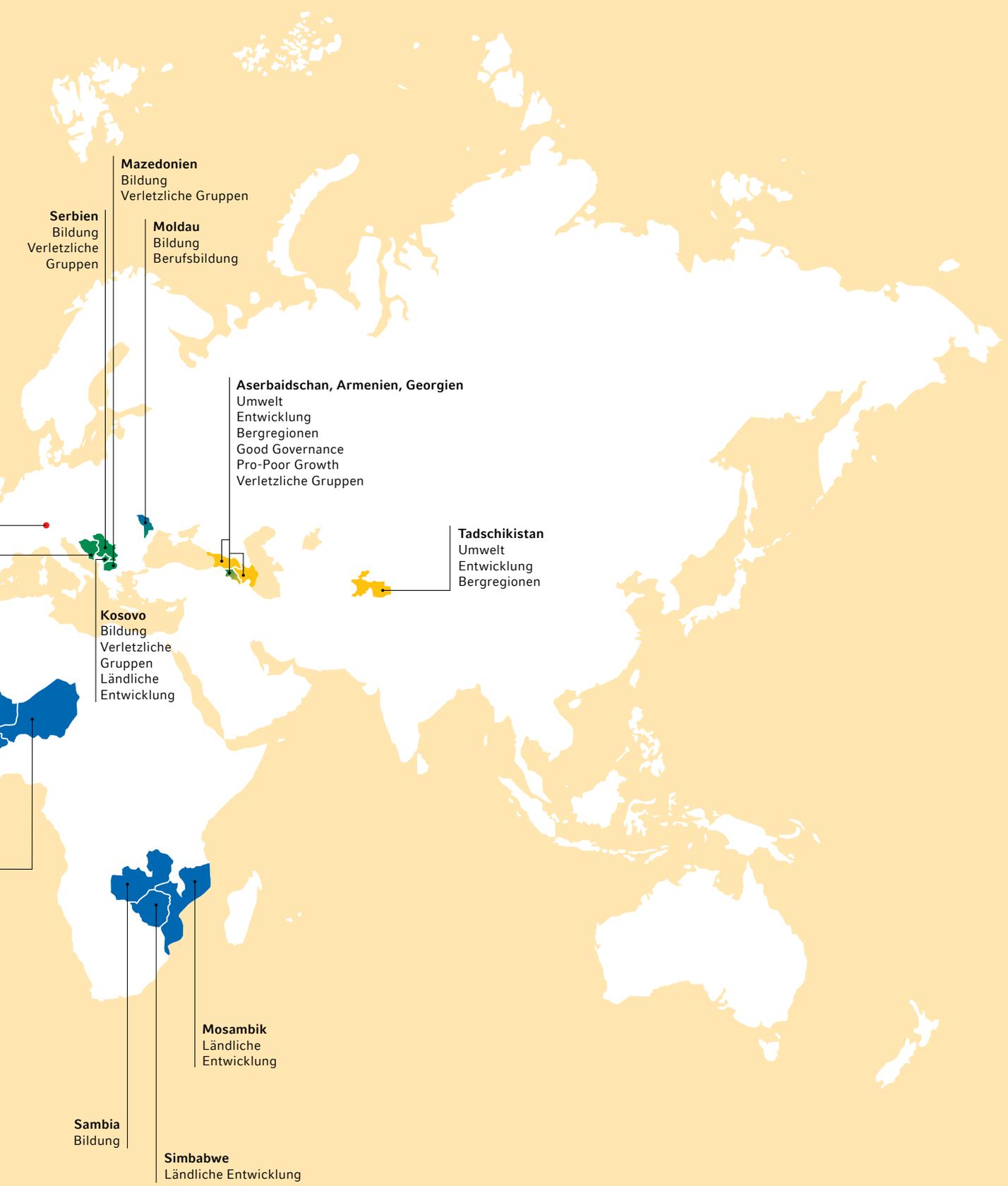
Über die multilaterale Entwicklungszusammenarbeit werden Projekte internationaler Organisationen oder international tätiger Nichtregierungsorganisationen finanziert. Diese Art des Engagements bietet sich vor allem bei Problemen an, die globaler oder grenzüberschreitender Natur sind und bei denen die Staatengemeinschaft gemeinsam nach Lösungen sucht. Im Gegensatz zu den Projekten des LED, die vornehmlich auf lokaler Ebene ansetzen, können über diese Schiene auch staatliche und internationale Rahmenbedingungen verbessert werden.

Besonderes Augenmerk gilt der Förderung von guter Regierungsführung. Dies beinhaltet den Einsatz für die Menschenrechte, die Stärkung der Rechtsstaatlichkeit und Demokratie sowie die Bekämpfung des internationalen Verbrechens. Zentrale Schwerpunkte der liechtensteinischen Aussenpolitik, insbesondere im Menschenrechtsbereich, werden so im Rahmen der IHZE zusätzlich gefördert, was wiederum die Glaubwürdigkeit Liechtensteins unterstreicht. Erwähnenswert ist in dieser Hinsicht z.B. das Engagement für den vermehrten Einbezug von Frauen in friedensbildenden Prozessen oder den Schutz von Kindern in bewaffneten Konflikten. Weitere Schwerpunkte sind Gesundheit und die Bekämpfung von HIV/Aids sowie Umwelt und nachhaltige Entwicklung. Bei letzterem Schwerpunkt engagiert sich Liechtenstein als Alpenstaat insbesondere für die Entwicklung in Bergregionen, vornehmlich im Kaukasus. Zehn Prozent des IHZE-Budgets stehen für diesen Bereich zur Verfügung.

Schwerpunktländer und -regionen

-  Liechtensteinischer Entwicklungsdienst (LED)
-  Ausländer- und Passamt (APA)
-  Amt für Auswärtige Angelegenheiten (AAA)





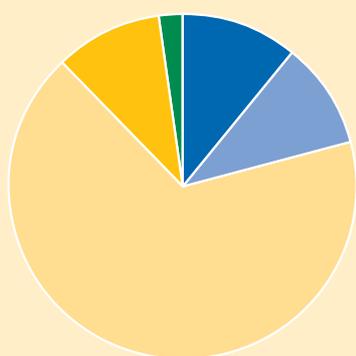
IHZE 2014 in Zahlen

20 |

Ausgaben und Mittelverteilung

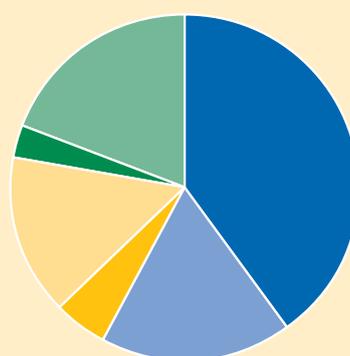
Für die Internationale Humanitäre Zusammenarbeit und Entwicklung (IHZE) hat das Land Liechtenstein im Jahr 2014 insgesamt 23.7 Millionen Franken aufgewendet. Rund zwei Drittel dieser Mittel flossen in die bilaterale Entwicklungszusammenarbeit. Jeweils etwa zehn Prozent des Gesamtbudgets wurden über die anderen Kategorien ausgeschüttet.

Mittelverteilung nach Kategorien



Not- und Wiederaufbauhilfe	11%
Int. Flüchtlings- und Migrationshilfe	10%
Bilaterale EZA	67%
Multilaterale EZA	10%
Diverses	2%

Mittelverteilung nach Regionen



Afrika	40%
Süd- und Zentralamerika	18%
Asien	5%
Europa	15%
Naher Osten	3%
International	19%

Schwerpunktländer und -regionen

Der mit Abstand grösste Teil der liechtensteinischen Mittel fliesst jeweils nach Afrika. Im Jahr 2014 waren es 40 Prozent. Dies verdeutlicht insbesondere die Schwerpunktsetzung des LED in Afrika, ist aber auch Ausdruck der zahlreichen bewaffneten Konflikte und Nahrungsmittelkrisen auf dem Kontinent, welche den häufigen Einsatz von Nothilfegeldern notwendig machen.

Auch in Europa wird Unterstützung gebraucht. Rund 15 Prozent des Budgets wurden für Projekte im Balkan und im ärmsten Land Europas, in der Republik Moldau, verwendet. In den Ländern des Balkans, hauptsächlich im Kosovo, in Bosnien und Herzegowina sowie in Mazedonien, engagiert sich das Ausländer- und Passamt (APA) im Rahmen der internationalen Flüchtlings- und Migrationshilfe. Die Republik Moldau ist seit mehreren Jahren ein Schwerpunktland des LED.

In Lateinamerika konzentrieren sich die Aktivitäten des LED auf Bolivien und Peru. (Total 18 Prozent der Mittel).

Das liechtensteinische Engagement in Asien hat sich auf fünf Prozent der IHZE-Gelder reduziert. Dies hängt insbesondere mit dem Ausstieg des LED aus den ehemaligen Scherpunktländern Afghanistan und Kirgistan zusammen.

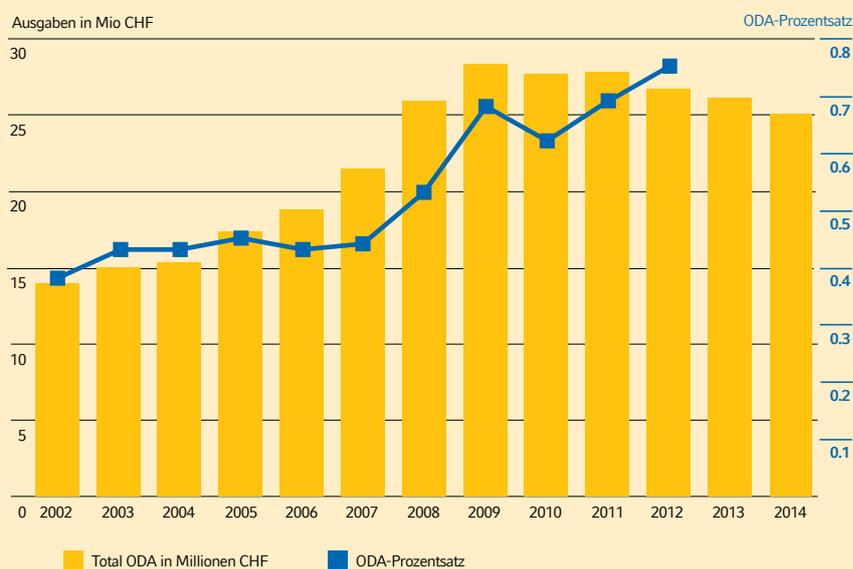
Aufgrund des Syrien-Konflikts ist der Anteil der Projekte im Nahen Osten auf drei Prozent angestiegen.

Rund 19 Prozent der Mittel wurden nicht projektspezifisch ausbezahlt oder länderübergreifenden Programmen zugeführt. Diese in der Sparte «international» zusammengefassten Beiträge sind essentiell, um grenzüberschreitende Aktivitäten oder unterfinanzierte Programme zu unterstützen und Grundkosten von Entwicklungsorganisationen zu decken.

ODA-Entwicklung

Die offizielle Entwicklungszusammenarbeit (Official Development Assistance, ODA) umfasst alle Ausgaben, welche ein Staat gemäss den Kriterien der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) für Entwicklungszusammenarbeit und Humanitäre Hilfe ausgibt. Zum zwischenstaatlichen Vergleich der ODA hat sich eine Kennzahl etabliert, welche die ODA im Verhältnis zum Bruttonationaleinkommen (BNE) eines Staates betrachtet – der sogenannte ODA-Prozentsatz.

Entwicklung des liechtensteinischen ODA-Prozentsatzes



Der internationale Zielwert für den ODA-Prozentsatz liegt bei 0.7. Die liechtensteinische Regierung hat sich wiederholt für die möglichst rasche Erreichung dieses Ziels ausgesprochen. Der gegenwärtig vorliegende ODA-Prozentsatz für das Jahr 2012 beläuft sich auf 0.75. Liechtenstein gehört damit zu den wenigen Ländern, welche die internationale Zielvorgabe erreicht haben und liegt im weltweiten Vergleich an fünfter Stelle.

Die gesamten ODA-Ausgaben, zu denen auch der Katastrophenfonds der Gemeinden sowie die Betreuungskosten für Asylsuchende im Inland gerechnet werden, betragen im Jahr 2014 25.0 Millionen Franken. Das definitive BNE für das Berichtsjahr – und damit auch der ODA-Prozentsatz des Jahres 2014 – liegen im Herbst 2016 vor.

Ein Tropfen auf den heissen Stein

Manuel Frick
Amt für Auswärtige
Angelegenheiten



Liechtensteins Unterstützung für Syrien und dessen Nachbarstaaten

I 23

Das vordringlichste Ziel der humanitären Hilfe ist der Schutz des menschlichen Lebens. Nachhaltigkeit ist dabei nicht das ausschlaggebende Kriterium. Eine nachhaltige Entwicklung ist in von bewaffneten Konflikten betroffenen Gebieten weitestgehend unmöglich. Alle humanitären Massnahmen sind aber als elementare Voraussetzungen zu betrachten, welche die Grundlage für eine nachhaltige Verbesserung der Lebensumstände schaffen. Daneben werden im Rahmen der liechtensteinischen Not- und Wiederaufbauhilfe auch mittelfristige Projekte realisiert, welche den Aufbau von gesellschaftlichen Strukturen und Infrastruktur zum Ziel haben. Damit wird oftmals ein Weg aus der Misere zurück in ein geordnetes Leben ermöglicht.

Die Welt steckt in der Krise

2014 war aus humanitärer Sicht ein ausserordentlich schwieriges Jahr. Der Ebola-Ausbruch in mehreren westafrikanischen Staaten dürfte den meisten noch sehr präsent sein. Zudem eskaliert die humanitäre Situation in der Ukraine – also quasi vor unserer Haustüre – zusehends. Die Vereinten Nationen haben sowohl für Syrien als auch für den Irak, Südsudan und die Zentralafrikanische Republik die höchste humanitäre Notstufe ausgerufen und die vier Krisen zu sogenannten «Level 3 Emergencies» erklärt. Liechtenstein hat 2014 Projekte in allen vier Kontexten unterstützt. Neben den genannten humanitären Krisen, besteht auch an vielen anderen Orten grosse Not. Beispielhaft soll im Folgenden auf das Engagement in Syrien und dessen Nachbarstaaten eingegangen werden.

Zwischen Assad und IS

Ohne Zweifel ist der Syrienkonflikt gegenwärtig eine der grössten humanitären Herausforderungen. UNO-Flüchtlingshochkommissar António Guterres spricht von der schlimmsten humanitären Krise der Gegenwart und von einer albatraumhaften Situation. Seit 2011 leidet die syrische Bevölkerung unter dem Bürgerkrieg. Syrien und Irak sind zudem den Extremisten des IS ausgesetzt. Deren unmenschliches Wüten kennt keine Grenzen. Der unlängst veröffentlichte Bericht des Syrian Centre for Policy Research (SCPR) zeichnet ein düsteres Bild: Zwischen 2010 und 2014 ist die Lebenserwartung von Neugeborenen in Syrien um fast 24 Jahre – von 79.5 auf 55.7 Jahre – eingebrochen. Sechs Prozent der Bevölkerung wurden in dieser Zeit getötet oder verletzt. Rund fünfeneinhalb Millionen Syrer haben ihr Heimatland verlassen – fast vier Millionen davon als Flüchtlinge. Zudem sind über sechs Millionen Syrer Binnenvertriebene im eigenen Land. Die wirtschaftliche Situation in Syrien ist katastrophal. Fast zwei Drittel der Menschen leben in bitterer Armut. Die Hälfte der schulpflichtigen Kinder hat in den letzten drei Jahren keinen Schulunterricht besucht. Trotz der katastrophalen Lage schwindet die internationale Hilfsbereitschaft. Bis Ende 2014 konnte die UNO lediglich die Hälfte der benötigten Hilfsgelder sammeln.

Not- und Wiederaufbauhilfe

Die Not- und Wiederaufbauhilfe leistet kurzfristige und dringliche Vorbeuge und Hilfsmassnahmen zur Erhaltung menschlichen Lebens und zur Linderung der Folgen von Naturkatastrophen, politischen Krisen und bewaffneten Konflikten. Sie umfasst auch den mittelfristigen Aufbau von gesellschaftlichen Strukturen und Infrastruktur in Regionen, die von Katastrophen, politischen Krisen und bewaffneten Konflikten betroffen sind.

Liechtensteins Beitrag für Syrien

Die liechtensteinische Regierung hat 2014 entschieden, insgesamt fünf syrische Flüchtlings-Familien in Liechtenstein aufzunehmen. Mit dieser Umsiedlungs-Massnahme zeigt Liechtenstein einerseits international Solidarität, andererseits leistet es innerhalb Europas seinen Beitrag. Neben dieser Entscheidung, hat Liechtenstein im Rahmen der Not- und Wiederaufbauhilfe seit Ausbruch der Krise Projekte in Syrien und dessen Nachbarstaaten mit mehr als einer Million Schweizer Franken unterstützt und damit unmittelbar vor Ort Hilfe geleistet.

Einsatz für syrische Flüchtlingskinder in Jordanien

Ende 2014 waren beim UNO-Hochkommissariat für Flüchtlinge alleine in Jordanien über 600'000 syrische Flüchtlinge registriert. Mehr als die Hälfte davon ist unter 18 Jahre alt. Eine rasche Rückkehr ist aufgrund des anhaltenden Konflikts nicht zu erwarten. Dies belastet das jordanische Schulsystem enorm und hat einen drastischen Mangel an Schulbildung zur Folge. Obwohl den syrischen Flüchtlingskindern freier Zugang zu jordanischen Schulen gewährt wird, müssen viele zurückgewiesen werden, da es an Platz oder Infrastruktur mangelt. Die jordanische Regierung hat sich bereits 2012 an die internationale Gemeinschaft gewandt und um Unterstützung gebeten. Liechtenstein hat 2014 ein Projekt der Schweizer Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA) für syrische Flüchtlingskinder in Jordanien bereits zum dritten Mal mitfinanziert. Durch das Projekt werden Schulen in Jordanien saniert und damit der Zugang zu schulischer Bildung für Flüchtlings- sowie einheimische Kinder gleichermaßen ermöglicht. Mit Hilfe des liechtensteinischen Beitrags konnten im letzten Jahr 5'500 Schulkinder unterstützt werden. Dies sind deutlich mehr Schülerinnen und Schüler als es an allen öffentlichen und privaten Schulen in Liechtenstein gibt. Neben der Verbesserung der Infrastruktur erhalten die Schülerinnen und Schüler dringend benötigtes Schulmaterial.

Lohnt sich das Engagement?

Liechtensteins Beitrag ist angesichts des weltweiten humanitären Bedarfs ein Tropfen auf den heißen Stein. Diese Tatsache darf aber nicht als Argument für Untätigkeit dienen. Wie das Beispiel aus Jordanien verdeutlicht, ist Liechtenstein sehr wohl in der Lage, die Lebensumstände von tausenden von Menschen zu verbessern. Jedes Einzelschicksal soll dabei das humanitäre Engagement bestärken.



Unterricht für syrische und jordanische Kinder in einer mit liechtensteinischer Unterstützung sanierten Schule in Mafraq, Jordanien

Entwicklungszusammenarbeit im Dienst der globalen Nachhaltigkeit

Peter Ritter
Geschäftsführer
des Liechtensteinischen
Entwicklungsdienstes (LED)



Die Arbeit des Liechtensteinischen Entwicklungsdienstes (LED) wurde in den letzten Jahren auch daran gemessen, welchen Beitrag die Projekte zur Erreichung der Millennium-Entwicklungsziele (MDGs) leisten. Trotz begründeter Kritik wird den MDGs attestiert, dass die konkreten Zielvorgaben zu einer Fokussierung der Entwicklungszusammenarbeit beigetragen und die Ausrichtung der Anstrengungen der vielen, global tätigen Institutionen auf klare Ziele bewirkt haben. In einigen Bereichen konnten dadurch respektable Ergebnisse erzielt werden. Andere Bereiche, wie zum Beispiel die landwirtschaftliche Entwicklung, wurden durch die starke Einschränkung auf acht Ziele vernachlässigt. Die Ansprüche an die nachhaltigen Entwicklungsziele (SDGs) sind hoch, denn die universelle nachhaltige Entwicklung beinhaltet enorme Herausforderungen. Der Katalog an Zielen wird sich erweitern und die Zielvorgaben müssen ambitiös gesetzt werden.

Nachhaltigkeit ist ein umfassendes Konzept, das auf allen Ebenen angewendet werden muss, um in der Gesamtheit zu wirken. Die sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Aspekte der Nachhaltigkeit finden sich in den strategischen Zielen des LED wieder.

Ausrichtung der Projektarbeit des LED

Der LED übernimmt als Teil der liechtensteinischen IHZE die Verantwortung für die bilaterale Entwicklungszusammenarbeit. Als private Stiftung des Landes Liechtenstein und der Zivilgesellschaft ist der LED ein öffentliches Unternehmen, das in Form einer Eignerstrategie der Regierung (entwicklungs-)politische, wirtschaftliche und soziale Vorgaben als Rahmenbedingungen für seine Arbeit erhält. Der Auftrag des LED beinhaltet die Erfüllung eines Teils der Pflichten, die dem Land Liechtenstein aus der internationalen Solidarität der Staatengemeinschaft entstehen. Die Projektarbeit richtet sich nach sozial ausgleichender und ökologisch verträglicher Wirkung sowie nachhaltiger Ressourcenverwendung.

Zwischen der Regierung und dem LED wird jährlich zudem ein Leistungsauftrag vereinbart, der detaillierte Vorgaben enthält. 91 Prozent der finanziellen Mittel werden für Entwicklungsprojekte aufgewendet. Deren Auswahl erfolgt nach inhaltlichen und geografischen Kriterien. Die Querschnittsthemen Menschenrechte, Geschlechtergerechtigkeit, soziale Gerechtigkeit, Umwelt, Klima und Ressourcenschutz finden bei allen Projekten Beachtung. Der LED arbeitet in den vier Regionen Osteuropa, Lateinamerika, Westafrika und südliches Afrika. In den einzelnen Schwerpunktländern gelten spezifische inhaltliche Vorgaben. In der Republik Moldau handelt es sich um Bildungsprojekte mit Fokus auf die Berufsbildung. In Bolivien und Peru ist die grosse Mehrheit der Projekte nach der Strategie für Interkulturelle Zweisprachige Bildung ausgerichtet. In den sieben afrikanischen Schwerpunktländern konzentrieren sich die Projekte auf Bildung und Ländliche Entwicklung mit Fokus auf die Strategie zur Ernährungssicherung. Zusätzlich werden Projekte mit internationaler Wirkung sowie Mikrofinanzprojekte realisiert.

Bilaterale Entwicklungszusammenarbeit

Die bilaterale Entwicklungszusammenarbeit konzentriert sich auf die Arbeitsbereiche Bildung und Ländliche Entwicklung in zehn Schwerpunktländern.

Sie wird von der privatrechtlichen Stiftung Liechtensteinischer Entwicklungsdienst (LED) auf der Basis eines Leistungsauftrags mit der Regierung durchgeführt. Wichtige Querschnittsthemen für die Projektarbeit sind die Menschenrechte, soziale Gerechtigkeit und Gendergerechtigkeit, Klima, Umwelt- und Ressourcenschutz.

In Bolivien, Peru, Moldau und Simbabwe arbeitet der LED vorwiegend mit einheimischen Partnerorganisationen (sogenannten Südpartnern) zusammen. In Moldau setzt der LED in der Berufsbildung eigene Projekte um und kooperiert direkt mit den nationalen Bildungsinstitutionen.

Für die Beurteilung von Projekten gelten die Anforderungen aus den Querschnittsthemen und den genannten inhaltlichen und geografischen Kriterien. Für jeden Projektantrag wird ein Kurzgutachten erarbeitet, welches im Entscheidungsprozess starke Beachtung findet. In diesem Kurzgutachten wird jedes Projekt auf seine Vereinbarkeit mit den Anforderungen geprüft. Die zu erwartende nachhaltige Wirkung eines Projekts wird durch diesen Prozess bereits bei der Antragstellung durchleuchtet.

Zusätzlich zur Wirkung der Projektaktivitäten legt der LED grossen Wert auf die institutionelle Nachhaltigkeit von Projekten. Kohärenz mit den nationalen Bemühungen und Anpasstheit an die lokalen Rahmenbedingungen sind wichtige Voraussetzungen für die langfristige Wirkung von Projekten über den Unterstützungszeitraum hinweg. Die Wahl der Partnerorganisation und deren Vernetzung im regionalen, nationalen und internationalen Kontext beeinflussen die Nachhaltigkeit eines Projekts ebenfalls. Die Einbindung der Zielbevölkerung in die Planung und Umsetzung der Aktivitäten sowie die Kontrolle der Resultate werden gefördert.

Bei der Projektfinanzierung von Partnerorganisationen aus Europa (sogenannten Nordpartnern) liegt die Gesamtverantwortung bei diesen Organisationen. Durch die Wahl von erfahrenen Partnern und durch die meist langjährige Kooperation finden die Ziele des LED Eingang in die Projekte. Bei Projektkooperationen mit Südpartnern ist die Initiative des LED bedeutender. Durch die Koordinationsbüros des LED in Bolivien, Moldau und Simbabwe besteht ein enger Kontakt zu den Projekten, der den permanenten Austausch erleichtert und das gegenseitige Vertrauen stärkt.

Einige Beispiele aus dem Projektportfolio des LED zeigen die Erfolge und Herausforderungen bei den gemeinsamen Anstrengungen zur Nachhaltigkeit auf.

Frauenkooperativen in der Bauwirtschaft in Bolivien

In den Vororten der Stadt Cochabamba in Bolivien unterstützt der LED seit 2009 das Projekt «Kooperativen in der Bauwirtschaft», geleitet von der einheimischen Partnerorganisation PROCASHA, die 2001 mit dem Ziel gegründet wurde, die Wohnsituation der migrierten Bevölkerung zu verbessern. Zielgruppe des Projektes sind Frauen, die mit ihren Familien in die Stadt migrierten und in schwierigen Verhältnissen leben. Sie werden motiviert, mit anderen Frauen aus ihrem Stadtviertel Kooperativen zu gründen. In einem ersten Schritt lernen sie verschiedene Tätigkeiten rund um den Hausbau und die Hausrenovierung. Sie verändern ihre eigene Wohnsituation und lernen, mit den verschiedenen migrierten Volksgruppen zusammenzuleben. In einem zweiten Schritt führen die Kooperativen externe Aufträge aus, die den Frauen ein Einkommen verschaffen. Bessere Wohnverhältnisse von Familien wirken sich positiv auf das soziale Leben aus und erhöhen das Selbstwertgefühl der Betroffenen. Zusätzlich werden

die Frauen in Arbeitsrecht und der Führung von Kleinbetrieben ausgebildet. Bisher haben 610 Frauen an den Projektaktivitäten teilgenommen und zehn Baukooperativen sind als privatwirtschaftliche Dienstleister aktiv. Das Projekt leistet somit einen Beitrag zur Armutsbekämpfung, Verbesserung der Wohnsituation und der Chancen auf dem Arbeitsmarkt.



Bolivianische Frauen nehmen ihr Schicksal selbst in die Hand.

Die institutionelle Nachhaltigkeit des Projekts ist auf mehreren Ebenen gegeben: Die Kooperativen sind registriert, arbeiten profitabel und über die Dauer der Unterstützung durch das Projekt hinaus. Die einzelnen Mitglieder erwirtschaften ein regelmässiges Einkommen. Die Organisation PROCASHA konnte mit der Architekturfakultät der lokalen Universität einen Kooperationsvertrag abschliessen. Die Universität unterstützt die fachliche Ausbildung und die Frauen erhalten Diplome. Das Projekt wird zudem personell und finanziell von mehreren Organisationen aus Europa unterstützt. Die Stadtverwaltung von Cochabamba begrüsst die infrastrukturellen Verbesserungen in den Randzonen der Stadt und unterstützt die Arbeit der Frauen in den Kooperativen.

Nachhaltige Verbesserungen des Berufsbildungssystems in der Republik Moldau

Die Berufsbildung in der Republik Moldau ist veraltet und bereitet die jungen Menschen nur ungenügend auf die Arbeitswelt vor. Berufsschulen haben deshalb einen schlechten Ruf. Auf diese Schulen geht nur, wer keine andere Option hat. Entsprechend hoch ist der Anteil von Kindern aus sozial und wirtschaftlich schwachen Familien oder aus Heimen. Beim Besuch einer moldauischen Berufsschule trifft man auf dürftig ausgestattete Klassenzimmer, in denen die Lehrpersonen aus veralteten Lehrbüchern diktieren. Nicht besser ist es in den Werkstätten, in denen der prak-



Berufsschullehrer erhalten an der technischen Universität Chişinău eine fachliche Weiterbildung.

tische Unterricht stattfindet. Dort fehlen sowohl Ausrüstung als auch Verbrauchsmaterialien. Um die oben genannten Schwachstellen zu beheben und die Ausbildungen zu verbessern, hat der LED das Berufsbildungsprojekt CONSEPT erarbeitet. Er setzt dieses seit 2007 in direkter Zusammenarbeit mit den nationalen Bildungsinstitutionen um. Das Projekt besteht aus einem ganzen Paket von Unterstützungsmassnahmen:

- Entwicklung neuer Lehrpläne: Die bestehenden Programme entsprachen schon länger nicht mehr den Bedürfnissen des Arbeitsmarktes. Zusammen mit Betrieben werden deshalb neue Lehrpläne entwickelt.
- Beschaffung neuer Lehrmittel: Nicht zuletzt deshalb, weil es für die bisherigen Ausbildungen kaum Lehrmittel gab, werden gemeinsam mit Fachpersonen unterschiedliche Lernmaterialien erarbeitet. Die Bandbreite reicht dabei vom Textbuch bis zu Lehrvideos.
- Besser ausgestattete Werkstätten: Bisherige Ausbildungen waren oft zu theoretisch. Damit die praktische Arbeit mehr Gewicht in der Berufsausbildung erhalten kann, bedarf es adäquat ausgerüsteter Werkstätten. Die Schulen erhalten daher materielle und zum Teil infrastrukturelle Unterstützung.
- Besserer Unterricht: Neue Lehrpläne, neue Lehrmittel und neue Ausrüstung können ihre Wirkung nur erzielen, wenn die Lehrpersonen und Ausbilder wissen, wie diese sachgerecht zu nutzen sind. Deshalb ist die pädagogische und fachliche Weiterbildung des Lehrpersonals ein zentraler Bestandteil des Projekts.
- Bessere Schulleitungen: Die Qualität der Schulen hängt stark mit der Qualität des Schulmanagements zusammen, insbesondere, weil die Hierarchien in den Schulen sehr ausgeprägt sind.

Der LED baut bewusst keine Modellschulen auf. Stattdessen werden die öffentlichen Schulen unterstützt und ausgebaut. Die Arbeit mit den staatlichen Strukturen ist ein aufwendiges und zeitintensives Unterfangen. Änderungen können nur gemeinsam mit der Schulleitung und dem Bildungsministerium erreicht werden. Dieser Ansatz

ist aber wesentlich nachhaltiger. Die Behörden und Schulen stehen hinter den Entscheidungen und ihnen wird die Verantwortung zu keiner Zeit aus der Hand genommen. Der Betrieb der Schulen (Lehrerlöhne, Verbrauchsmaterialien etc.) wird vom Staat finanziert. Dadurch wird sichergestellt, dass die Verbesserungen auch nach Ende des Projekts bestehen bleiben. Der LED führt deshalb nicht selber Weiterbildungen für Berufsschullehrerinnen und -lehrer durch. Er hat dafür eine nationale Weiterbildungsstruktur eingeführt: In umfangreichen Seminaren wurde das Weiterbildungszentrum der Technischen Universität in Chişinău gestärkt. Das erhaltene Wissen und Können geben die Ausbilderinnen und Ausbilder nun an die Lehrkräfte der Partnerschulen weiter.

Die zahlreichen Unterstützungsmassnahmen des Projekts CONSEPT werden vom Bildungsministerium mitgetragen und führen zu dauerhaften Veränderungen im nationalen Berufsbildungssystem. Sie helfen mit, den jungen Leuten in Moldau eine bessere Perspektive zu verschaffen.

Klimaschutz durch nachhaltige Wald- und Ressourcenbewirtschaftung in Simbabwe

Die zentrale Frage in der globalen Nachhaltigkeitsdebatte dreht sich um die Auswirkungen des Klimawandels und mögliche Strategien zur Verminderung (englisch Mitigation) der Erderwärmung und zur Anpassung (englisch Adaptation) an die veränderten Bedingungen. Diese Diskussion betrifft die Entwicklungsländer in hohem Masse, da sie von den Auswirkungen der klimatischen Temperaturerhöhung oft am stärksten betroffen sind. Eine Strategie um den Klimawandel aufzuhalten ist die Reduktion der Kohlendioxid-Konzentration (CO₂) in der Atmosphäre. Dieses ist als Treibhausgas massgeblicher Verursacher der Erderwärmung. Der Wald ist ein idealer Kohlenstoffspeicher, da er CO₂ aufnimmt und in Sauerstoff umwandelt. Im Rahmen der sogenannten Klimafinanzierung hat das Land Liechtenstein einen Zusatzfonds genehmigt, der Projekte zur Verminderung von Kohlendioxid unterstützt. Der LED hat zwischen 2011 und 2014 fünf Projekte eingereicht, die aus diesem Fonds finanziert werden.

Eines der genehmigten Klimaprojekte ist ein Wald- und Ressourcenschutzprojekt in Simbabwe, das der LED mit seiner langjährigen lokalen Partnerorganisation SAFIRE (Southern Alliance for Indigenous Resources) durchführt. Simbabwe verfügt über ausgedehnte Waldgebiete, die jedoch in der schwierigen wirtschaftlichen und politischen Situation von starker Abholzung betroffen sind. Zwischen 1990 und 2010 hat Simbabwe rund 30 Prozent seiner Waldressourcen verloren. Das Projekt setzt beim Schutz von bestehendem Wald an und sucht gemeinsam mit der lokalen Bevölkerung nach Massnahmen zum Erhalt der natürlichen Ressourcen. Zudem werden umwelt-schonende Landwirtschaftsformen und alternative Einkommensmöglichkeiten für die lokalen Gemeinden eingeführt, damit kein Anreiz mehr besteht, den Wald abzuholzen oder ihn durch Überweidung zu beschädigen. Von dem rund 36'000 ha grossen kommunal verwalteten Waldgebiet – das entspricht gut der doppelten Fläche Liechtensteins – wird ein Inventar erstellt: Die Biomasse und das Wachstum der Bäume als



Messung der CO₂-Speicherung im Wald

Kohlenstoffspeicher wird aufgenommen und bemessen. Projektmitarbeiter schulen einzelne Personen aus den Gemeinden in den Erhebungsmethoden zur CO₂-Speicherung. Die Bevölkerung wird mittels Sensibilisierungen und gemeinsamen Aktivitäten, wie zum Beispiel dem Anlegen von Baumschulen und Pflanzen verschiedener Frucht- und Nutzbäume, in das Projektvorhaben involviert.

Um die Nachhaltigkeit dieses Projekts zu gewährleisten, ist es entscheidend, die lokale Bevölkerung und vor allem auch die Entscheidungsträger miteinzubeziehen. Zu Beginn wurden die Projektpläne gemeinsam mit den Vertretern der Distriktbehörden, der Gemeinden und der traditionellen Führungsstrukturen besprochen und erörtert. Erst nach deren Einverständnis und der Klärung aller rechtlichen und institutionellen Fragen konnte das Projekt beginnen. Auch zur Datenerhebung wurde die Bevölkerung der insgesamt 53 Dörfer miteinbezogen und nach den grössten klimatisch bedingten Herausforderungen befragt. Die Aktivitäten wurden entsprechend der Aussagen der Bevölkerung geplant und an deren Prioritäten und Bedürfnisse angepasst. Nur auf diese Weise kann das Projekt auch in Zukunft von der Bevölkerung weitergetragen werden.

Auf nationaler und internationaler Ebene kann dieses Projekt nach dem REDD+ Mechanismus zertifiziert und gehandelt werden: REDD (Reducing Emissions from Deforestation and Forest Degradation) wurde mit REDD+ erweitert und beinhaltet neben dem Erhalt des Waldes auch nachhaltige Waldbewirtschaftungsformen sowie den Ausbau des Kohlenstoffspeichers Wald in Entwicklungsländern. Dieses Konzept wurde seit 2005 auf den Verhandlungen der internationalen Klimarahmenkonvention (United Nations Framework Convention on Climate Change, UNFCCC) diskutiert, um damit den Schutz von Wäldern als Kohlenstoffspeicher und CO₂-Senken finanziell attraktiv zu machen. Die Einbettung des Projekts in das internationale Regelwerk trägt bei regelmässiger Überprüfung ebenfalls zur nachhaltigen Fortführung bei.

Nachhaltige Öffentlichkeitsarbeit und Bildungsarbeit

I 31

Durchschnittlich ein Prozent des Budgets verwendet der LED für die Öffentlichkeitsarbeit, für die Sensibilisierung der Menschen in Liechtenstein und die Bildungsarbeit mit den Schulen.

Nachhaltigkeitsaspekte sind bei der Öffentlichkeitsarbeit ebenfalls sehr wichtig. Einerseits geht es um die Information der liechtensteinischen Bevölkerung über die Aktivitäten des LED und deren Wirkung in aller Welt, die der LED im Auftrag des Landes und letztlich der Menschen in unserem Land unternimmt. Das Bild von Liechtenstein als Land, das sich solidarisch für die Benachteiligten und für das Weltgemeinwohl einsetzt, und das Image des LED werden so gepflegt. Das Verständnis für die solidarischen Pflichten und für die Verstärkung der Anstrengungen im Hinblick auf die Herausforderungen wird geformt.

Andererseits stehen weitergehende Interessen dahinter, denn nachhaltige Entwicklung bedingt auch Veränderungen bei uns. Fortschritte bei der Armutsbekämpfung im Süden werden durch den nachhaltigen Lebenswandel der Menschen im Norden verstärkt. Der Umgang mit begrenzten Ressourcen und die Auswirkungen des menschlichen Handelns auf das Klima sind globale Herausforderungen.



Die Ausstellung «Wir essen die Welt» war eine kulinarische Weltreise der besonderen Art. Sie beleuchtete Facetten rund um das Essen, die Nahrungproduktion und den Handel, um Genuss und Geschäft, Hunger und Überfluss.

Der LED konnte die Ausstellung «Wir essen die Welt» der Schweizer Partnerorganisation Helvetas in Kooperation mit dem Liechtensteinischen Landesmuseum 2014 nach Vaduz bringen. Die grosse Resonanz der Öffentlichkeit, der politischen Entscheidungsträger und der Schulen zeigt, dass die Thematik sehr aktuell ist und ein breites Interesse an den globalen Zusammenhängen unserer Nahrungsmittelbesorgung besteht. Die Mehrheit der liechtensteinischen Sekundarschülerinnen und -schüler besuchte die Ausstellung und lernte dabei, welche Auswirkungen unsere Kaufentscheide auf unsere Gesundheit, auf die Umwelt und auf das Leben anderer Menschen haben. Nachhaltig handelnde Konsumentinnen und Konsumenten sind ein wesentlicher Beitrag unserer Gesellschaft zur globalen Entwicklung.

Die Erkenntnislage ist klar: Universelle, nachhaltige Entwicklung lässt sich nicht auf inhaltliche Teilbereiche und geografische Gebiete reduzieren. Sie muss konsequent die künftigen Kosten von heutigem Handeln berücksichtigen. Die Besinnung auf das Gemeinwohl aller Menschen fordert, dass kurzfristige Partikularinteressen keine Berücksichtigung finden. Die Konsequenzen sind wohl die Abkehr vom Gedanken des Güterwohlstands für alle und vom ewigen Wachstum der Wirtschaft. Die Entwicklungszusammenarbeit wird als Teil der globalen Aktivitäten der Menschen ihren bescheidenen Teil zur Bewältigung der Herausforderungen einbringen und zukunftsfähige Lösungswege aufzeigen.

Langfristiges Engagement bewährt sich

32 |

Die vorhandenen Mittel bestmöglich einsetzen

Liechtenstein engagiert sich in seiner multilateralen Entwicklungszusammenarbeit prioritär für den Schutz und die Förderung der Menschenrechte, gute Regierungsführung sowie dauerhaften Frieden. Im Vordergrund stehen dabei Projekte, welche Liechtenstein durch sein Beitragsvolumen ein möglichst hohes Mitspracherecht gewähren und gleichzeitig die Sichtbarkeit des liechtensteinischen Beitrags gewährleisten.

Liechtenstein bevorzugt eine langfristige Zusammenarbeit mit ausgewählten Partnern, um einerseits seine Expertise in die Projekte einzubringen und andererseits die Erkenntnisse aus den Projekten bestmöglich für sein ausserpolitisches Engagement zu nutzen, wie beispielsweise bei der Ausarbeitung der SDGs. Durch die laufende Berichterstattung der Partner wird der Fortschritt der Projekte ersichtlich und verschafft einen sehr guten Überblick über die zweckmässige Verwendung der Mittel. Diese Informationen sind für die ausserpolitische Arbeit Liechtensteins auf allen Ebenen von Bedeutung.

Stärkung des internationalen Menschenrechtssystems

Im Bereich der internationalen Menschenrechtspolitik hat sich Liechtenstein in den vergangenen Jahrzehnten ein eigenständiges und sichtbares Profil erarbeitet. Liechtenstein setzt sich neben seiner thematischen Schwerpunkte – Frauenrechte, Kinderrechte, Bekämpfung von Folter und der Todesstrafe sowie der Bekämpfung der Straflosigkeit – in seiner multilateralen Entwicklungszusammenarbeit besonders für die Stärkung des UNO-Hochkommissariats für Menschenrechte ein. Dieses Engagement spiegelt sich auch finanziell wieder. Liechtenstein ist der mit Abstand grösste Pro-Kopf-Beitragszahler des Hochkommissariats, der zentralen Koordinationsstelle für die Förderung des UNO-Menschenrechtssystems. Darüber hinaus unterstützt Liechtenstein mehrere NGOs, die sich für die thematischen Prioritäten Liechtensteins in den UNO-Menschenrechtsgremien in Genf und New York einsetzen. Diese hochspezialisierten NGOs betreiben aktive Lobbyarbeit für ihre thematischen Bereiche. Dank ihrer Netzwerke sind sie in der Lage, sehr rasch verlässliche Informationen aus dem Feld einzuholen und diese in die Arbeit des UNO-Menschenrechtssystems einfließen zu lassen. Diese NGOs stellen nützliche Informationen und Publikationen zu aktuellen Menschenrechtsthemen zur Verfügung. Auch die liechtensteinischen diplomatischen Missionen nehmen diese Dienstleistungen in Anspruch.



Claudio Nardi
Amt für Auswärtige
Angelegenheiten



Screenshots und QR-Codes der beiden von Liechtenstein mitfinanzierten Smartphone-Apps zu WPS und CAAC

Gute Regierungsführung als Voraussetzung für nachhaltige Entwicklung

Im Rahmen der multilateralen Entwicklungszusammenarbeit beteiligt sich Liechtenstein an Projekten im Bereich der guten Regierungsführung, die als Voraussetzung für eine nachhaltige Entwicklung gilt. Liechtenstein unterstützt beispielsweise seit 2009 ein Projekt der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) zur Überprüfung nationaler Gesetze, mit dem Ziel, die gute Regierungsführung in den Mitgliedsstaaten sicherzustellen. Mit diesen Rechtsexpertisen wird auf freiwilliger Basis auf Mängel in nationalen Gesetzgebungen und auf optimale Umsetzungsmöglichkeiten hingewiesen. Bei dieser Überprüfung arbeitet die OSZE eng mit dem Europarat zusammen, welcher besonders osteuropäische Staaten verfassungsrechtlich berät. Ein weiterer wichtiger Aspekt zur Stärkung der guten Regierungsführung bilden Gesetzes- und Strukturreformen zur Bekämpfung der Korruption im kleinen Massstab. Diese Form der Korruption erschwert vor allem ärmeren Bevölkerungsgruppen den Zugang zu staatlichen Grundleistungen. Seit 2009 unterstützt Liechtenstein das thematische Programm des UNO-Entwicklungsprogramms zur Bekämpfung von Korruption. Liechtenstein gehört neben Australien und Norwegen zu den Hauptgeldgebern dieses Programms und nimmt als Beobachter Einsitz in dessen Lenkungsausschuss. Seine Erkenntnisse als Beobachter nutzt Liechtenstein auch um auf die Wechselwirkung zwischen nachhaltiger Entwicklung und Korruption aufmerksam zu machen.



Ohne Frieden keine nachhaltige Entwicklung

Dauerhafter Frieden und friedliche Gesellschaften gelten als Grundvoraussetzung für eine nachhaltige Entwicklung. Liechtenstein engagiert sich besonders intensiv für die Umsetzung der Agenden des UNO-Sicherheitsrats betreffend «Frauen, Frieden und Sicherheit» (WPS) sowie «Kinder in bewaffneten Konflikten» (CAAC). Zu deren Umsetzung im Feld unterstützt Liechtenstein mit «Geneva Call» eine NGO, welche nicht-staatliche bewaffnete Gruppierungen zur Einhaltung des humanitären Völkerrechts und internationaler Menschenrechtsstandards anhält. Dabei finanziert Liechtenstein zwei konkrete Projekte, die den Dialog mit rund 60 Gruppierungen zu den Themen Kindersoldaten und sexuelle Gewalt fördern. Liechtenstein unterstützt darüber hinaus das «HD Centre», eine NGO, welche in Friedensprozessen als neutraler Partner vermittelt und den Einbezug von Frauen in friedensbildende Prozesse fördert. Ziel dabei ist die Erstellung konkreter Praxisanleitungen zur Umsetzung der WPS-Agenda des Sicherheitsrats. Liechtenstein unterstützt zudem die Aktualisierung und Weiterentwicklung zweier Smartphone-Apps. Diese erleichtern den Zugang zu UNO-Dokumenten in den Bereichen WPS und CAAC und dienen Diplomaten und Vertretern der Zivilgesellschaft gleichermaßen als Informationsquelle..

Multilaterale Entwicklungszusammenarbeit

Mit der multilateralen Entwicklungszusammenarbeit wird Problemen begegnet, die infolge ihrer Komplexität, ihrer politischen Sensibilität beziehungsweise ihrer globalen oder grenzüberschreitenden Relevanz ein gemeinsames Engagement von Ländern, Völkern und Organisationen erfordern.

Schlusswort

34 |

Die in dieser Publikation präsentierten, von Liechtenstein unterstützten Projekte zeigen, dass auch ein kleines Land die Lebensumstände von tausenden von Menschen nachhaltig verbessern kann. Obwohl das Budget der Internationalen Humanitären Zusammenarbeit und Entwicklung (IHZE) im absoluten Vergleich mit anderen Staaten klein ist, erreichen die auf Nischen konzentrierten Projekte eine beachtliche Wirkung.

Der Jahresbericht zeigt aber auch auf, dass weiterhin viele Regionen der Welt auf Hilfe angewiesen sind. Die Zahl der Flüchtlinge und insbesondere der Binnenvertriebenen ist auf einem historischen Höchststand; im Nahen und Mittleren Osten, aber auch in anderen Regionen dieser Welt leidet die Bevölkerung vieler Länder unter bewaffneten Konflikten.

Trotz dieser Entwicklungen gibt es Anlass zur Hoffnung. Das hier vorgestellte Friedens- und Gemeinschaftsbildungsprojekt in Bosnien-Herzegowina ist ein Beweis dafür, dass vom Krieg entzweite Völker aufeinander zugehen und zusammenarbeiten können. Die derzeit laufenden Abschlussverhandlungen zu den Sustainable Development Goals und der Post-2015 Agenda bieten zudem die Chance, die Lebensbedingungen vieler Menschen auf der ganzen Welt nachhaltig zu verbessern.

Liechtenstein ist nicht nur ein privilegiertes, sondern auch ein aktives Land, das sich seiner Verantwortung stellt und sich auf allen Ebenen für eine nachhaltige Entwicklung einsetzt.



Botschafter
Dr. Martin Frick
Leiter des Amtes für
Auswärtige Angelegenheiten



Mit der Aushandlung der Sustainable Development Goals bietet sich die Chance, die Lebensbedingungen zukünftiger Generationen nachhaltig zu verbessern.

Amt für Auswärtige Angelegenheiten

Heiligkreuz 14
9490 Vaduz
Liechtenstein
T +423 236 60 58
F +423 236 60 59

info.aaa@llv.li
www.llv.li/ihze